

Haushaltsrede Dr. Wilmers 2023

für die Fraktion der SPD im Rat der Stadt Rheinbach

es gilt das gesprochene Wort!

Sieht man sich die Situation um Rheinbach herum an, so hört und liest man allenthalben übergewichtige Haushaltsprobleme und dass man in die Haushaltssicherung rutscht oder rutschenkönnte.

Ganz anders in Rheinbach.

Der Jahresabschluss 2021 endete mit einem Überschuss von 7,5 Millionen. Auch für 2022 rechnen wir mit einem gegenüber der Planung erhöhtem Überschuss.

Wir haben wieder Millionen in der Ausgleichsrücklage, die jahrelang leer war. Die Haushaltssicherung haben wir hinter uns und aktuell keinen Anlass, über Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuer nachzudenken, die Hebesätze bleiben im dritten Jahr unverändert. Das ist gut so.

Die Schulden konnten in den letzten Jahren trotz vieler Krisen deutlich um etwa 30% reduziert werden. Insbesondere die Liquiditätskredite, bei denen ein hohes Zinsrisiko besteht, wurden abgebaut: Nach dem Höhepunkt von 56,5 Mio Euro Ende 2016 betrugen die Liquiditätskredite Ende 2022 nur noch rund 25 Mio. Eine Reduzierung um mehr als die Hälfte sechs Jahren. Über 30 Mio Euro weniger Überziehungskredit, für den wir jetzt keine deutlich steigenden Zinssätzen mehr zahlen müssen.

Ein großartiges Erbe, das uns der scheidende Kämmerer Herr Kohlosser hier hinterlässt. Ihm und seinen Mitarbeiter*innen möchten wir nicht nur dafür danken, sondern auch für die ungeheure Fleißarbeit, die nötig ist, um es uns als Rat möglich zu machen, heute den Haushalt für 2023 zu verabschieden. Überschüsse werde erzielt, Schulden abgebaut, und das alles trotz Corona-Krise, trotz der furchtbaren Flut 2021, trotz der Folgen des Kriegs in der Ukraine mit Energiekrise und Flüchtlingsunterbringung. Klingt richtig gut!

Trotzdem gibt es da ein mulmiges Gefühl.

Kommt das dicke Ende noch? Wurde die Infrastruktur in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt, was sich später rächt?

Schon 2023 sind für den Gebäudeunterhalt über 2 Mio mehr veranschlagt, was aber nicht so sehr daran liegt, dass unterlassene Unterhaltsmaßnahmen nachgeholt werden. Es liegt in erster Linie an den drastischen Preissteigerungen für Strom und Wärmeenergie.

Guckt man auf die Investitionen, wird einem fast schwindlig. 20 Mio sind im Entwurf vorgesehen, den wir Ende 2022 erhalten haben. 10 Mio wurden im Januar mit einer Änderungsliste nachgeschoben. Und weitere knapp 10 Mio wurden vom Vorjahr übertragen, weil Maßnahmen angefangen, aber in diesem Umfang letztes Jahr noch nicht fertig gestellt wurden. Das sind summa summarum fast 40 Mio, zu deren Umsetzung wir den Bürgermeister mit seiner Verwaltung ermächtigen!

Guckt man sich an, was in der Vergangenheit umgesetzt werden konnte, so stellt man fest, es waren immer weniger als 9 Mio. 2021 betrug die Umsetzungsquote bei den Investitionen nur 27%, für 2022 liegt das Ergebnis noch nicht vor, die hohen Übertragungen lassen aber keine Verbesserung vermuten. Normal sollten es deutlich über 60% sein. Wenn man es dieses Jahr schafft, einen neuen Umsetzungsrekord mit gut 10 Mio aufzustellen, wird man dennoch die extrem niedrige Umsetzungsquote von 2021 unterschreiten. Da fragt man sich: Was soll das? Offenbar schieben wir seit Jahren einen gewaltigen Investitionsstau vor uns her, hier kommt das dicke Ende also teilweise noch.

Und getrickst wird auch noch. Nicht von der Stadt, aber von der Landesregierung:

Flutschäden sind nicht als Aufwand zu buchen, sondern es wird mit dem Wiederaufbau dann einfach alt gegen neu getauscht.

Dann die sogenannten Isolierungen im Haushalt, bei denen der entstandene Aufwand durch einen fiktiven Ertrag neutralisiert wird, der später über zig Jahre abgeschrieben werden soll: Das gilt für Aufwendungen durch Covid, den erhöhten Energiekosten und Kosten, die sich durch den Ukrainekrieg für die Kommunen zusätzlich ergeben. Das ist nichts anderes als ein Taschenspielertrick, mit dem Lasten in die Zukunft verschoben werden. Die nachfolgende Generation soll das ausbaden. Das empfinden wir als geradezu unanständig und sollte nicht weiter Schule machen.

Es stellt sich neben der Verlagerung von Lasten in die Zukunft zudem die Frage: Geben wir so wenig aus, weil wir uns hier im Rat nicht einig sind, welche Prioritäten es für die Zukunftsentwicklung unserer Stadt gibt und man sich deshalb darauf beschränkt, die Pflichtaufgaben so gut es geht zu erfüllen und die Krisen zu bewältigen?

Wird zu wenig für die Zukunftswicklung unserer Stadt getan?

Bei der Gewerbeflächenentwicklung sind wir uns seit Jahren einig und haben den Wolbersacker neu erschlossen. Belohnt werden wir durch stark gestiegene Gewerbesteuererinnahmen.

Bei der Wohnflächenentwicklung gibt es leider keine Einigkeit, wie wir es hinbekommen, das Handlungskonzept Wohnen Rheinbach 2030 umzusetzen. CDU und Grüne wollen auf Biegen und Brechen unbedingt Flächen komplett kaufen, bevor sie als Bauland ausgeplant werden. 1 Mio zusätzlich wurden dafür letztes Jahr in den Haushalt als Startkapital bereitgestellt. Was ist daraus geworden?

Nichts! Und dieses Jahr wird darauf verzichtet, den entsprechenden Titel zu verstärken, wohl weil man erkennt, dass es so nicht funktioniert. Lassen Sie uns weiter überlegen, ob nicht ein kooperatives Baulandmanagement besser ist, bei dem die Eigentümer*innen in Optionsverträgen zwar auf einen Teil ihrer Flächen zu Gunsten der Stadt verzichten müssen, aber mit dem Rest als Bauland ihre Ziele umsetzen können. Und dafür muss man auch nicht Kapital in großer Höhe vorab einsetzen und binden und Schuldzinsen dafür zahlen.

Und beim Verkehr? Von einer Verkehrswende in Rheinbach bislang keine Spur. Wenn Straßen umgebaut werden, werden die Fahrbahnen für den Kfz-Verkehr breiter und Straßenraum für den Radverkehr fällt weg, wie in der Turmstraße, oder die Bürgersteige für den Fußverkehr werden schmaler wie beim Umbau der Bushaltestelle in der Gymnasiumstraße oder wie es beim Umbau der Straße vor dem Voigtstor Planungsstand ist.

Aber nu könnte sich etwas tun! Sieht man sich den Haushalt 2023 an, kann sich beim Verkehr endlich etwas zum Positiven entwickeln, nämlich beim Radverkehr.

Die SPD begrüßt es außerordentlich, dass in diesem Bereich gemeinsame Lösungen entwickelt wurden, die dieses Jahr umgesetzt werden sollen.

Die Förderung des Radverkehrs ist uns Sozialdemokrat*innen aus zwei Gründen besonders wichtig: Erstens hat der Klimaschutz für die SPD eine überragende Bedeutung. Auch Rheinbach muss im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag dazu leisten. Darüber sind wir uns einig, konnten aber noch kein Klimaschutzprogramm beschließen, obwohl wir das seit 2020 wollen. Sondern beschließen hier ein paar Millionen für den Klimaschutz beim Neubau der Erweiterung des Betriebshofes und dort ein bisschen Fassadenbegrünung und fledermausfreundliche Beleuchtung bei Bebauungsplänen.

Aber alles ohne mögliche Maßnahmen in ihrer Kosten-Wirkungsrelation gegeneinander abzuwägen und zu priorisieren. Das kommt erst noch. Oder auch nicht, denn die CDU hat kürzlich mitgeteilt, die Zeit der Grundsatzbeschlüsse sei in dieser Wahlperiode vorbei.

Guckt man statt in das noch nicht vorhandene Klimaschutzprogramm in das städtische Handlungskonzept Klimaschutz von 2010, so ist dort in einer zweiseitigen Liste von Maßnahmen die Maßnahme mit der größten Klimaschutzwirkung die Förderung des Fuß- und Radverkehrs.

Die Förderung des Radverkehrs ist zudem die Chance, die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt zu verbessern, denn wenn mehr kurze Fahrten in der Stadt mit dem Rad statt mit dem Auto zurückgelegt werden, dann haben alle etwas davon: Die Menschen im öffentlichen Raum fühlen sich außerhalb der Blechkisten deutlich wohler, wenn es weniger Autoverkehr gibt. Umwelt und Natur profitieren von weniger Lärm und Belastung durch Abgase. Und selbst die verbleibenden Autofahrer*innen freuen sich, dass es weniger Staus und mehr freie Parkplätze gibt.

Ein gut nutzbares und für alle sichtbares und damit einladendes Radverkehrsnetz wäre ein Fortschritt in unserer Stadt, der wahrgenommen und spürbar wird. Daher freuen wir uns, dass der Rat einstimmig beschlossen hat, den Radroutenring in der Kernstadt in wichtigen Abschnitten dieses Jahr herzustellen und zusammen mit den Radverkehrsverbindungen der Ortschaften auszuschildern. Am Jahresende werden wir hoffentlich überall sehen, dass sich in Rheinbach etwas bewegt und verändert hat, von dem alle profitieren.

Um dies zu unterstreichen, haben wir zusätzlich beantragt, 20.000 Euro gezielt für die Nullabsenkung von vorhandenen Bordsteinen und Schwellen auf Radwegen einzusetzen, um Fortschritt auch im Kleinen fühlbar und sichtbar zu machen.

Zudem hat der Bürgermeister zugesagt, die Stelle einer Radverkehrsbeauftragten, die er Ende letzten Jahres für dringend notwendig erklärte, im vorhandenen Stellenplan nach Einrichtung zweier zusätzlicher Stellen im Sachgebiet 60 kenntlich zu machen. Das begrüßen wir und danken dem Bürgermeister für diese Zusage.

Neben dem Radverkehr haben wir die Voraussetzungen im Haushalt schaffen, dass die Stadt Rheinbach Mitglied einer Genossenschaft werden kann, mit deren Hilfe Windenergie in Rheinbach gewonnen wird, deren Erträge den Menschen vor Ort zu Gute kommen. Unsere Vorstellungen gehen in die Richtung, auf Kalamitätsflächen im Stadtwald ein oder mehrere Windräder zu errichten, deren gewonnene Energie von den Mitgliedern der Genossenschaft entweder selbst verbraucht werden

kann, wenn das bis dahin möglich ist, oder die von den finanziellen Erträgen der Windräder vorrangig profitieren. Anders als bei Windrädern in der Konzentrationszone, bei denen in erster Linie ortsfremde Unternehmen und wenige private Grundeigentümer profitieren.

Wir hätten auch gerne etwas im Bereich der KiTa-Beiträge gemacht, um Familien mit kleinen Kindern zu entlasten. Aber aus rechtlichen und anderen Gründen geht das, was wir uns vorstellen, nicht. Daher der Appell – jetzt nur der SPD, eine Mehrheit im Rat fand sich dazu nicht - an die LReg, das angekündigte dritte beitragsfreie KiTa-Jahr jetzt umzusetzen und so auch den allergrößten Teil der Erhebungs- und Abrechnungsbürokratie für die Elternbeiträge obsolet zu machen.

Zudem appellieren wir, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen mit der gewaltigen damit verbundenen Abrechnungsbürokratie zu verzichten, die durch einen zusätzlichen Fördertopf vor kurzem noch größer wurde. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie, sondern eine echte Entlastung, auch in finanzieller Hinsicht, für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger.

Und wir appellieren, es möglich zu machen, dass Rheinbacher Kinder nicht länger in Rheinbacher weiterführenden Schulen abgelehnt werden müssen zu Gunsten auswärtiger Schüler mit der Folge, dass die Rheinbacher Kinder zu auswärtigen Schulen fahren und wir die Kosten dafür zahlen müssen, was im Etat 2023 zu deutlich gestiegenen Kosten beim Schülerspezialverkehr führt.

Die Konsequenzen aus den beauftragten Analysen des Flutgeschehens 2021 schlagen sich im Haushalt 2023 nicht nieder, weil die Analysen erst dieses Jahr vorgelegt werden. Da kann auch noch einiges auf uns zukommen. Deshalb ist es gut, dass wir den Haushalt nicht mit neuen Maßnahmen und Zielen überfrachten, sondern uns in 2023 zurückhalten, um ab 2024 die notwendigen Konsequenzen auch in den Haushalten der Folgejahre ziehen zu können.

Wir begrüßen es als SPD-Fraktion ausdrücklich, dass sich alle Fraktionen bei der Haushaltsgestaltung 2023 zurückgehalten haben und ihre politischen Ziele vorrangig in Worten und eher symbolischen Anträgen zum Ausdruck bringen und stimmen dem Haushaltsentwurf in der Endfassung zu. Allerdings sollte in der Haushaltssatzung in § 1 von 2023 statt von 2022 die Rede sein.